



Durham-Erklärung

Gemeinsam für das Streikrecht!

Der Arbeitskampf ist ein wesentlicher Bestandteil des globalen Grundrechts auf Vereinigungsfreiheit und Demokratie in der Arbeitswelt. Ohne ihn geht die Ausbeutung unkontrolliert weiter, was die Ungleichheiten vergrößert und die Löhne und die Gesundheit der Beschäftigten beeinträchtigt.

Für die Gewerkschaften am Verhandlungstisch kommen Tarifverhandlungen einem Betteln gleich, wenn ihre Mitglieder nicht in der Lage sind, kollektiv den Arbeitsplatz zu verlassen, um Druck auf ihre Arbeitgeber auszuüben. Die Einschränkung des Streikrechts führt unwillkürlich zu einer Verschärfung der Ungleichheiten, was schwerwiegende Auswirkungen auf alle Mitglieder der Gesellschaft hat.

Obwohl dieses Grundrecht der Beschäftigten in mehreren internationalen Übereinkommen, einschließlich der EU-Grundrechtecharta, verankert ist, wird es weltweit bedroht, auch im Vereinigten Königreich und in anderen europäischen Ländern wie Finnland, Ungarn und Frankreich. Auf der Ebene der IAO wird das Streikrecht von den Arbeitgebern in Frage gestellt.

Vierzig Jahre nach dem Bergarbeiterstreik 1984/85 im Vereinigten Königreich und am Vorabend der Durham Miners Gala bekräftigen wir unsere Entschlossenheit, innerhalb der internationalen und europäischen Gewerkschaftsbewegung geschlossen aufzutreten und allen Angriffen auf das Streikrecht entschieden entgegenzutreten.

Streik ist manchmal das einzige Mittel, das den Beschäftigten zur Verfügung steht, um sich zu verteidigen. Wir werden niemals stillschweigend zusehen, wie unser wichtigstes Recht angegriffen wird. Wir erheben unsere Stimme, um dieses wesentliche Prinzip der Tarifverhandlungen zu schützen.

Arbeitsniederlegungen sind ein wichtiges Instrument, um ein gewisses Gleichgewicht zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgebern zu gewährleisten.

Schließlich müssen wir im Rahmen der Verteidigung des Streikrechts auch die Kriminalisierung von Gewerkschaftsaktionen anprangern und bekämpfen. Zu viele Gewerkschafter*innen, die es wagen, Widerstand zu leisten und die gerechten Forderungen der Arbeitnehmer*innen zum Ausdruck zu bringen, werden Opfer von Verfahren gegen sie. Diejenigen, die gegen schädliche Gesetze oder Projekte kämpfen, zahlen den Preis für eine inakzeptable repressive Politik, die wir anprangern und beenden müssen.

unterschrieben in Durham am 12. Juli 2024